

Die USA haben fest damit gerechnet, trotz ihres zum Ende des Jahres 2011 versprochenen Truppenabzuges aus dem Irak mit vielen "Ausbildern" auf Dauer militärisch präsent bleiben zu können. Weil sich die Iraker aber nicht darauf eingelassen haben, musste ein enttäuschter Obama jetzt erst einmal zum Rückzug blasen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 191/11 – 26.10.11

Obama kündigt an: Die US-Truppen werden den Irak bis zum Jahresende verlassen

Von Mark Landler

The New York Times, 21.10.11

(<http://www.nytimes.com/2011/10/22/world/middleeast/president-obama-announces-end-of-war-in-iraq.html>)

WASHINGTON – **Präsident Obama kündigte am Freitag an, der letzte US-Soldat werde bis zum Ende dieses Jahres den Irak verlassen haben; damit zieht er einen Schlussstrich unter einen umstrittenen achtjährigen Krieg, in dem mehr als 4.400 US-Soldaten ihr Leben verloren haben, der die Präsidentschaft George W. Bushs geprägt und ihm selbst den Weg für seinen politischen Aufstieg geebnet hat.**

Nach dieser Entscheidung werden nur noch wenige Marineinfanteristen und Verbindungsoffiziere zum Schutz der US-Botschaft in einem Land zurückbleiben, in dem – alles in allem – mehr als eine Million US-Soldaten eingesetzt waren.

Die Ankündigung des Präsidenten erfolgte einen Tag nach Beendigung der NATO-Luftangriffe in Libyen, die den Tod des Obersten Muammar Gaddafi beschleunigten; sie hatte Symbolcharakter, weil sie nach einem Jahrzehnt militärischen Engagements der USA erfolgte, das nach den Terrorangriffen am 11. September (2001) begann. Sie schloss auch eine Periode bemerkenswerter außenpolitischer Aktivitäten eines Präsidenten ab, der zu Hause durch eine schwächelnde Wirtschaft behindert wird.

Obama, der seinen Aufstieg ins Weiße Haus teilweise seiner Opposition gegen den Irak-Krieg verdankt, als Präsident aber die Verstärkung der Truppen in Afghanistan anordnete und die Anzahl der Drohnenangriffe auf Talibankämpfer in der Grenzregion (zu Pakistan) erhöhte, erfüllt damit eins seiner Wahlversprechen. Der für die Ankündigung gewählte Zeitpunkt – nach dem Tod des Obersten Gaddafi, nach der Kommandoaktion, bei der (angeblich) Osama bin Laden getötet wurde, und nachdem seine Regierung äußerst schroff auf die Weigerung Pakistans reagiert hat, entschiedener gegen die Talibankämpfer entlang seiner Grenze mit Afghanistan vorzugehen – könnte ihn vor Anschuldigungen der Republikaner bewahren, dass er in Fragen der nationalen Sicherheit zu schwach sei.

"Heute kann ich verkünden, dass der Rest unserer Truppen im Irak – wie versprochen – am Ende des Jahres nach Hause kommen wird," erklärte der Präsident in seinem am Mittag im Weißen Haus vorgetragenen Statement. Er sprach von einer "Zeit der Heimkehr" und versicherte: "An den Feiertagen werden unsere Soldaten definitiv zu Hause sein."

Ein Hauptgrund für den (von Obama angekündigten) kompletten Abzug, den ihm seine politischen Kritiker übelnehmen und den seine Militärführung unbedingt verhindern wollte, ist ein unlösbarer Konflikt zwischen den Regierungen der USA und des Iraks; die USA konn-

ten nicht durchsetzen, dass dem Kontingent von US-Ausbildern, die das Pentagon im Irak belassen wollte, Immunität (vor den irakischen Gesetzen) gewährt wird. Obwohl der Präsident weiterhin dazu bereit ist, der irakischen Armee US-Ausbilder zur Verfügung zu stellen, sehen die US-Militärs nur noch eine geringe Chance für den Verbleib einer entsprechend großen US-Truppe im Irak.

Mitt Romney, einer der republikanischen Präsidentschaftskandidaten, warf Obama vor, durch die Opferung von US-Soldaten erzielte Erfolge aufs Spiel zu setzen, und fragte, ob der Präsident das aus "nackter politischer Berechnung oder einfach deshalb tue, weil er sich in den Verhandlungen mit der irakischen Regierung nicht durchsetzen konnte".

Obama informierte in einer Video-Konferenz auch den (irakischen) Ministerpräsidenten Nuri Kamal al-Maliki über seine Entscheidung; Maliki selbst ist wegen des Abzugstermins in heftiges politisches Kreuzfeuer geraten. Mitarbeiter Obamas beschrieben die Reaktion Malikis auf das Gespräch als "betroffen"; er habe sich für die von US-Soldaten gebrachten Opfer bedankt. Obama habe ihm versichert, dass ab dem 1. Januar 2012 "normale partnerschaftliche Beziehungen zwischen souveränen Nationen auf der Basis gemeinsamer Interessen und gegenseitigen Respekts" begännen.

Die Vereinbarung, noch in diesem Jahr die US-Truppen aus dem Irak abzuziehen, wurde bereits Ende 2008 getroffen, als Bush vor dem Ende seiner (zweiten) Amtszeit seinen Abschiedsbesuch in Bagdad machte; der Besuch wurde durch einen irakischen Journalisten gestört, der seine Schuhe nach Bush schleuderte und ihn als "Hund" beschimpfte. US-Militärs hatten ursprünglich gefordert, auch über das Jahr 2011 hinaus noch einige zehntausend US-Soldaten im Irak zu belassen – als Sicherung gegen neue Gewaltausbrüche.

Diese Anzahl hatte man zwar reduziert, trotzdem wurde erwartet, dass 3.000 bis 5.000 US-Ausbilder im Irak bleiben würden. Einige führende US-Militärs waren nach der Entscheidung schockiert und warfen Obama vor, er habe nach dem Abbruch der quälenden Verhandlungen mit den Irakern nur sein Gesicht wahren wollen.

Rechtsanwälte des Pentagons hatten darauf bestanden, dass das irakische Parlament den US-Soldaten Schutz vor Strafverfolgung gewähren müsse. Als die US-Unterhändler in Bagdad in den letzten Wochen feststellen mussten, dass sich ihre Forderung nach Immunität nicht durchsetzen ließ, sahen sie auch keine Chance mehr für den Verbleib einer größeren Anzahl von US-Soldaten im Irak über das Jahresende hinaus.

Obama und US-Verteidigungsminister Leon E. Panetta halten die Tür offen für weitere Gespräche über US-Ausbilder. Obwohl zivile und militärische Offizielle den Abzug als klaren Bruch betrachten, könnten Verhandlungen (über den Status von US-Ausbildern) jederzeit wieder aufgenommen werden.

"Ich habe Ministerpräsident Maliki mitgeteilt, dass es weiterhin Gespräche darüber geben wird, wie wir dem Irak helfen können, seine Streitkräfte auszurüsten und auszubilden," erklärte Obama. "Immerhin liegen schwierige Tage vor dem Irak, und die USA haben auch weiterhin ein Interesse daran, dass er stabil, sicher und selbstständig bleibt."

Nach Meinung führender Offizieller im Pentagon ist es ohne innenpolitische Veränderungen im Irak eher unwahrscheinlich, dass mit der (jetzigen) irakischen Regierung noch einmal über eine verlängerte US-Präsenz verhandelt werden kann.

Sie rechnen eher damit, dass die beiden Staaten etwas schaffen könnten, was ein Vertreter des Pentagons "eine einige Nummern kleinere, flexiblere Beziehung" nannte. Man könnte gemeinsame Manöver durchführen, irakische Offiziere in US-Militärakademien einladen und sich dazu bereitfinden, Iraker in anderen Staaten im Mittleren Osten auszubilden, in denen die USA präsent sind.

"Wir sind bereit, ihren Ausbildungsbedarf zu decken, wir sind bereit, mit ihnen gemeinsam zu üben, wir sind auch bereit, die Leitung der Ausbildung ihrer Piloten zu übernehmen," erklärte Panetta Reportern, die mit ihm nach Indonesien reisten.

Die USA werden etwa 160 Soldaten zum Schutz ihrer Botschaft und zur Aufrechterhaltung der militärischen Beziehungen in Bagdad behalten. Außerdem wird das US-Außenministerium 4.000 bis 5.000 private Söldner (im Irak) beschäftigen, und auch die CIA wird zahlenmäßig gut vertreten sein. In Afghanistan bleiben etwa 95.000 US-Soldaten im Einsatz.

"Wir haben gekämpft, um den Irakern die Möglichkeit zur Wahl zu verschaffen," sagte ein frustrierter höherer Offizier, der sich nicht öffentlich zu der Entscheidung des Weißen Hauses äußern darf. Ein anderer Offizier meinte: "Im Endeffekt wird die irakische Regierung scheitern."

US-Offizielle fürchten Lücken in der Fähigkeit des Iraks, seine Sicherheit zu gewährleisten, und sehen sie durch andauernde religiöse Konflikte und störende Einflüsse aus dem Iran auch weiterhin bedroht. Der innenpolitische Druck, die US-Besetzung allmählich zu beenden, hat die militärischen Erfordernisse aber in den Hintergrund gedrängt.

"Der Nationalstolz der Iraker ist sehr groß, und wir konnten sie nicht dazu überreden, noch länger ausländische Truppen in ihrem Land zu dulden," sagte Christopher R. Hill, der früher US-Botschafter im Irak war und jetzt Dekan der Josef Kerbel School für internationale Studien an der University of Denver ist.

Obamas Ankündigung rief in Washington gemischte Reaktionen hervor; die Demokraten waren überwiegend einverstanden, während die Republikaner die Befürchtung äußerten, der im Irak erzielte Sicherheitsgewinn könne beim Abzug der US-Truppen wieder verloren gehen.

"Ich befürchte zwar, dass ein kompletter US-Abzug den Zugewinn an Sicherheit gefährden könnte," erklärte John A. Boehner (s. http://de.wikipedia.org/wiki/John_Boehner), der Fraktionsvorsitzende der Republikaner (im Repräsentantenhaus). "Ich hoffe aber trotzdem, dass beide Staaten zusammenarbeiten werden, damit ein freier und demokratischer Irak ein starker und stabiler Partner der USA im Mittleren Osten bleibt."

Im Irak wurde die Nachricht vom baldigen Abzug der US-Truppen vereinzelt begrüßt. In Sadr City, dem Wohnviertel der Schiiten in Bagdad, das ein Hort des Antiamerikanismus ist, feierten etwa 1.000 Menschen unter den Bildern junger schiitischer Männer, die von US-Truppen getötet worden waren.

"Die USA haben sich hier aufgeführt wie Saddam Hussein," sagte der 42-jährige Regierungsangestellte Muslim Mohammed. "Wir dachten, wir würden Saddam nie los und müssten auch noch seine Söhne ertragen. Dann dachten wir, die US-Truppen würden niemals abziehen und immer neue Ausreden erfinden, um doch noch länger bleiben zu können."

Obama ist jedoch bei seinem Plan geblieben, den Kampfeinsatz zu beenden und alle Truppen abzuziehen, wahrscheinlich auch, weil er seine Energie jetzt für die Wiederbelebung der US-Wirtschaft einsetzen will. Er erklärte: "Nach einem Jahrzehnt des Krieges müssen und werden wir jetzt unser eigenes Land wieder aufbauen."

Thom Shanker und Eric Schmitt haben aus Washington berichtet, Michael S. Schmidt aus Bagdad und Elisabeth Bumiller von ihrer Reise mit Panetta nach Indonesien.

(Wir haben den Artikel, der belegt, dass die USA auch den Irak nicht dauerhaft unterjochen können, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The New York Times

October 21, 2011

U.S. Troops to Leave Iraq by Year's End, Obama Says

By MARK LANDLER

WASHINGTON — President Obama announced on Friday that the last American soldier would leave Iraq by the end of this year, drawing to a close a divisive eight-year war that cost the lives of more than 4,400 troops, defined the presidency of George W. Bush, and helped ignite his own political rise.

The decision leaves only a vestigial presence of Marine embassy guards and liaison officers staying on where more than a million troops, in all, have served.

The president's statement, coming a day after a NATO air campaign hastened the death of Col. Muammar el-Qaddafi in Libya, was laden with symbolism, marking the ebb tide of a decade of American military engagement that began after the Sept. 11 terrorist attacks. It also capped a remarkable period of foreign-policy accomplishments for a president who is hindered by a poor economy at home.

For Mr. Obama, whose rise to the White House was based partly on his opposition to the Iraq war but who as president ordered a troop buildup in Afghanistan and intensified drone strikes against militants in the region, the announcement fulfills a campaign promise. Its timing, after Colonel Qaddafi's death and the commando raid that killed Osama bin Laden, and just as the administration was taking its toughest stance yet on Pakistan's reluctance to root out militants along its border with Afghanistan, may help insulate him from Republican charges that he is weak on national security.

"Today, I can report that, as promised, the rest of our troops in Iraq will come home by the end of the year," the president said in a midday appearance at the White House. Anticipating what he called "another season of homecomings," he declared, "Our troops will definitely be home for the holidays."

The complete withdrawal, which his political critics decried and his military team had worked hard to avert, was propelled by an irreconcilable dispute between the United States and Iraq over the legal immunity of a small force of military trainers that the Pentagon had planned to leave in the country. Though the president left open the possibility that trainers might still advise Iraqi troops, military officials said the chance of putting any significant American force there was slim.

Mitt Romney, the Republican presidential candidate, among others, scorned Mr. Obama for putting the sacrifices of American troops at risk and questioned whether the president had been motivated by “naked political calculation or simply sheer ineptitude in negotiations with the Iraqi government.”

Mr. Obama gave word of the decision to Prime Minister Nuri Kamal al-Maliki, who faces rough political crosswinds of his own over the timing of the departure, in a video conference call. Mr. Obama’s aides described the call as “poignant,” with the Iraqi leader expressing thanks for the sacrifices of American soldiers. As of Jan. 1, 2012, Mr. Obama said, the two countries will begin “a normal relationship between sovereign nations, an equal partnership based on mutual interest and mutual respect.”

The agreement to leave Iraq this year dates from late 2008, when Mr. Bush, before leaving office, made a farewell visit to Baghdad that was disrupted when an Iraqi journalist hurled his shoes at him and denounced him as a “dog.” American military officials had wanted a “residual” force of as many as tens of thousands of soldiers to remain past 2011 as an insurance policy against future violence.

Those numbers were scaled back, but the expectation was that 3,000 to 5,000 American troops would remain. Some top American military officials were dismayed by the decision, saying Mr. Obama was putting the best face on a breakdown in tortured negotiations with the Iraqis.

Pentagon lawyers insisted that the Iraqi Parliament grant soldiers immunity from legal prosecution. In recent weeks, American negotiators in Baghdad concluded that it would be impossible to obtain that protection, essentially scuttling any chance of a substantial troop presence there next year.

Mr. Obama and Defense Secretary Leon E. Panetta kept the door open to further talks on trainers. While civilian and military officials characterized the withdrawal as a clean break, negotiations could always resume.

“As I told Prime Minister Maliki, we will continue discussions on how we might help Iraq train and equip its forces,” Mr. Obama said. “After all, there will be some difficult days ahead for Iraq, and the United States will continue to have an interest in an Iraq that is stable, secure and self-reliant.”

At the Pentagon, however, senior officials said that without a change in the tenor of Iraqi domestic politics, it was unlikely that any enduring American military presence could be negotiated with the Iraqi government.

Instead, these officials said, the two countries might look to create what one Pentagon official called “a smaller footprint and more flexible relationship.” That might include organizing joint exercises, inviting Iraqi officers to American military schools and offering to train Iraqis in other Middle Eastern nations where the United States has a presence.

“We’re prepared to meet their training needs, we’re prepared to engage in exercises with them, we’re prepared to provide guidance and training with regard to their pilots,” Mr. Panetta told reporters traveling with him to Indonesia.

The United States will still keep about 160 military personnel to guard its embassy in Baghdad and manage the continuing military relationship. There will also be 4,000 to 5,000 private State Department security contractors, as well as a significant C.I.A. presence. In Afghanistan, about 95,000 American troops remain.

“We fought to give Iraqis a choice,” said a frustrated senior officer who was not authorized to speak publicly about the White House’s decision. Another officer said, “Bottom line, it is a failure of the Iraqi government.”

American officials continued to express concern about gaps in Iraq’s security capabilities to withstand what they view as continuing threats of sectarian violence and Iran’s malign influence. But political pressure in Iraq to end the American occupation gradually came to dominate military imperatives.

“Iraq is a highly nationalistic country, and we were not able to dislodge the view that they should not have foreign troops on their soil,” said Christopher R. Hill, a former American ambassador to Iraq who is now dean of the Josef Korbel School of International Studies at the University of Denver.

Mr. Obama’s announcement drew mixed reactions in Washington, with Democrats generally approving while Republicans voiced fears that security gains in Iraq could be reversed without an American presence.

“While I’m concerned that a full withdrawal could jeopardize those gains,” Speaker John A. Boehner said in a statement, “I’m hopeful that both countries will work together to guarantee that a free and democratic Iraq remains a strong and stable partner for the United States in the Middle East.”

News of the American withdrawal was met with scattered celebrations in Iraq. In Sadr City, the Shiite district in Baghdad that is a bastion of anti-American sentiment, roughly 1,000 people celebrated under the picture of young Shiite men who had been killed by American troops.

“The United States here was just like Saddam Hussein,” said Muslim Mohammed, 42, a government employee. “We never thought we’d get rid of Saddam, and we thought his sons would just take over. We thought the Americans would never leave and they would just create excuses to stay longer and longer.”

Mr. Obama, however, has stuck to his plans to end the combat mission and withdraw all troops, in part because he wants to channel energy to reviving the economy. “After a decade of war,” he declared, “the nation that we need to build — and the nation that we will build — is our own.”

Thom Shanker and Eric Schmitt contributed reporting from Washington, Michael S. Schmidt from Baghdad, and Elisabeth Bumiller en route to Indonesia.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern